

Die Linke/Liste Solidarität stellt sich vor:



1. Karl-Heinz Schneckenberger, 63, Vermessungsingenieur, Mitglied im Vorstand des Mietvereins, des Vereins „Kunstraum Opelvillen“, des Kunstvereins, Mitglied im BUND, Obst und Gartenbauverein Königstädten. „Politik demokratisieren - Demokratie politisieren!“



12. Jonath Schröder, 37, Energieelektroniker.
Für eine Stadt, in der niemand vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen wird.



13. Frank Dörfler, Kraftfahrer
"Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!"



2. Marianne Förzheimer, 52, Sozialpädagogin, Magistratsmitglied für die Linke/Liste Solidarität.

Transparenz und Offenheit ist wesentliche Voraussetzung für Demokratie.



3. Brigitte Schmidt-Sattaf, 58, zwei Kinder, berufstätig, aktiv bei ver.di, Personalrätin, attac. Ich bin für die Förderung des Radverkehrs und den Umstieg auf Bus und Bahn bei geringeren Fahrtkosten. Dies gilt gerade in einer Autostadt.



14. Ralf Becker, 49, Berufsschullehrer, Personalrat. Ich setze mich dafür ein, dass Jugendliche eine Perspektive bekommen und Schulsozialarbeit an der W.-Heisenberg-Schule eingeführt wird.



15. Erwin Reith
Ich stehe für die Verwirklichung des Rechts der Jugend auf Zukunft und Ausbildung.



4. Arthur Weger, 58 Jahre, Lehrer.

Für die Überwindung des auf Auslese ausgerichteten gegliederten Schulsystems.

Keine Bundeswehrwerbung an Schulen.



5. Heike Wieland-Reith, 49 Jahre. Mein Engagement gilt besonders der Familien- und Frauenpolitik in Rüsselsheim. Hier gilt: Keine Kürzungen im Bildungsbereich. Für die Erhaltung des Rüsselsheimer Frauenzentrums und der Wildwasser-Beratungsstelle



18. Rainer Mangler-van Klev,
Elektriker, derzeit freigestellter Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Imtech in Rüsselsheim.



19. Michael Brücks, 57, langjähriger Betriebsrat. BR-Vorsitzender. Für kostenlose Kindergarten- und Kitaplätze für alle Kinder. Für bedarfsgerechte Stellenbesetzung in den Kitas und Kindergärten mit angemessener Bezahlung.



6. Burkhard H. Alpmann, beschäftigt im Maschinen- und Anlagenbau.

Schluß mit der Verschleuderung öffentlichen Eigentums und der Arbeitsplatzvernichtung in kommunalen Betrieben und Einrichtungen.



7. Petra Giess, 48 Jahre, Kauffrau für Büro-kommunikation, seit 42 Jahren in Rüsselsheim lebend. Meine Intention, mich in Rüsselsheim politisch zu engagieren, ist es, den Bewohner/innen dieser Stadt ein sozialeres Umfeld zu schaffen.



16. Heinz König, 76, seit 1950 Gewerkschaftsmitglied. Ich trete ein für eine friedliche Welt, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, ein Einkommen zu erzielen, welches ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Lasst uns Wege dorthin global denken und in Rüsselsheim lokal handeln.



19. Christian Golka, Lehrer

Es muss in unserem reichen Land endlich wieder mehr Geld für die Kommunen geben. Wenn Milliarden für Bankenstütze gehen, müssen Millionen für die Gemeinden da sein.



8. Heinz-Jürgen Krug, geboren 11.7.1951, aktiv bei attac und in der IG Metall. Auch in der Kommunalpolitik setze ich mich ein für eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Individuums Voraussetzung für die Freiheit aller ist.



9. Roman Gasanfar, 21, Student

Ich setze mich dafür ein, dass Bildung für jeden unentgeltlich zugänglich ist. Auch setzte ich mich für Datenrechte und den freien Informationsfluss ein.



20. Maria Weger Krankenschwester

Für ein solidarisches öffentliches Gesundheitswesen statt Kopfpauschale und Zusatzbeiträge für Versicherte



21. Ilse Stieglitz, 81, Rentnerin, Seniorenvertretung, Vorstandsmitglied Stiftung Cinema Concetta. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass es irgendwann doch noch gelingt, das verlorene soziale Gewissen der SPD wieder zu finden.



10. Adela Belon, Krankenschwester

Für Toleranz im Zusammenleben der Generationen, Geschlechter und Kulturen. Toleranz darf keine Einbahnstraße sein.



11. Wolfgang Becker, 54, Lagerarbeiter.

Für mehr politisches Bewusstsein im Öffentlichen und im Privaten; für mehr politisches Handeln im Alltag.

Sie möchten mehr über die Linke / Liste Solidarität erfahren?

Das Programm und die aktuellen Erklärungen finden Sie im Internet unter www.liste-solidaritaet.de

Kontaktadresse:
Heinz-Jürgen Krug, Dr. Ludwig-Opel-Straße 59, 65428 Rüsselsheim

Für ein soziales Rüsselsheim

Liebe Rüsselsheimerin, lieber Rüsselsheimer,

im Jahr 2011 finden die Kommunalwahlen vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise statt. Es wird zwar viel vom Aufschwung gesprochen, doch bei den Arbeitnehmer/innen ist dieser ebenso wenig angekommen wie bei den Kommunen. Im Gegenteil! Die Einkommensverteilung ist in Deutschland so ungerecht wie schon lange nicht mehr und immer offener wird gefordert, die durch Milliardeneschenke an Banken und Besserverdienende in die öffentlichen Kassen gerissenen Haushaltslöcher durch verschärften Sozial- und Bildungsabbau und eine neue Privatisierungsoffensive zu stopfen. Diese unsoziale Politik wird im Kern von CDU und FDP ebenso wie von SPD und Grünen betrieben. Dies zeigt auch ihre gemeinsame Zustimmung zur sogenannten Schuldenbremse. Sie wird in Zukunft immer dann als Argument herhalten müssen, wenn es um Erhalt oder Verbesserungen bei Kitas und Schulen, eine bedürfnisdeckende soziale Absicherung aller Menschen, höhere Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, ausreichend Jugend- und Altentagesstätten, einen Sozialpass oder Vereins- und Kulturförderung geht. Auf Bundes- wie auf Landesebene bereitet die Politik mit der Schuldenbremse eine neue Runde des Sozialabbaus vor.

Doch diese Entwicklung wird nicht widerspruchlos hingenommen: Neue soziale Bewegungen gegen die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung gibt es in vielen Teilen der Welt, die Gewerkschaften haben wieder Zulauf, linke Parteien und Wahlbündnisse gewinnen an Stärke und die Kritik am Kapitalismus findet auch in Deutschland wieder Gehör.

Wer in Rüsselsheim öffentliches Eigentum verschern will, wer durch Sozialabbau den Haushalt sanieren will, der wird durch unsere Politik einen schweren Stand haben. 2003 wurden durch ein Bürgerbegehren die Schließung der Eichgrundschule und die Reduzierung des Kita- und Hortpersonals verhindert, die Teilprivatisierung der Stadtwerke wurde 2005 fallen gelassen.

Die Linke / Liste Solidarität

bringt die Anliegen der Menschen ins Parlament. Dabei waren einige Erfolge zu verbuchen. Beispiele:

- Die Platane in Königstädten und die Bäume am ev. Gemeindeplatz in der Innenstadt stehen noch.
- Die teure Neupflasterung der nördlichen Marktstraße ist unterblieben.
- Es gibt endlich Schulsozialarbeit an der Borngrabenschule.
- Der Gewerbesteuerhebesatz wurde wieder auf das Niveau der Nachbarorte angehoben.
- Die Walter-Köbel-Halle wird nicht abgerissen.
- Der Mietzuschuss für die Rüsselsheimer Tafel wird weiter gezahlt.

Neben diesen Erfolgen in der Sache geht es uns aber auch um Demokratie, Transparenz und Öffentlichkeit. Es kann nicht sein, dass durch die „Stückelung“ von Ausgaben eine Luxussanierung der Chefetage im Rathaus ohne Beteiligung von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ermöglicht wird. Solche Skandale müssen an die Öffentlichkeit. In diesem Sinne möchten wir unsere kritisch-konstruktive Politik fortsetzen.

In der Wahlinitiative Die Linke/Liste Solidarität arbeiten aktive Gewerkschafter/innen, ehemalige Grüne, Migrant/innen, enttäuschte Sozialdemokraten, Mitglieder der Partei Die Linke, Mitglieder alternativer Gruppierungen und von attac zusammen. Schauen Sie sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten an, Sie werden einige kennen.



Wofür steht Die Linke/Liste Solidarität?

Solidarität

Die Linke/Liste Solidarität steht für ein auf Toleranz und gegenseitigen Respekt beruhendes solidarisches Zusammenleben der Generationen, Geschlechter und Kulturen in Rüsselsheim. Wir treten allen entgegen, die eine Politik betreiben, die Menschen gegeneinander ausspielt, soziale Kälte verbreitet und Fremdenfeindlichkeit schürt.

Demokratie und Stadtentwicklung

Die Linke/Liste Solidarität tritt für mehr Demokratie in der Stadt ein. Wie in der Bundesrepublik insgesamt so werden auch in Rüsselsheim immer mehr Befugnisse von den demokratisch gewählten Kommunalpolitikern an die Verwaltung und an „Aufsichtsräte“ von Eigenbetrieben und GmbH's oder an beliebig zusammengesetzte Arbeitskreise abgetreten. Auch die finanzielle Unterversorgung schränkt Handlungsspielräume ein und beschädigt die kommunale Demokratie.

Fragwürdige Berater wie Bert Rürup oder Marketing- und Dienstleistungs-„experten“ betreiben eine sogenannte Modernisierung, die darauf abzielt, kommunale Demokratie einzuschränken. Die letzte Initiative dieser Art, „Rüsselsheim 2020“ geistert seit 2007 durch die Stadt. Dr. Rügemer hat sie als „Gefälligkeitsstudie“ gekennzeichnet: „Sie basiert auf kaum verkleideten Wünschen der Fraport AG, der Adam Opel GmbH und Teilen der Rüsselsheimer Geschäftslobby“ und soll vor allem das umstrittene „Opel – Forum“ voran bringen. Für damit verbundene Projekte, wie etwa die Verlängerung des Lutzmann Rings, sollen Millionen ausgegeben werden, während an der sozialen Infrastruktur gespart wird.

Geschlossen wurden z.B. fünf von sechs Altentagesstätten, das einzige Kinderhaus, Jugendzentren, ein Schwimmbad und die psychologische Beratungsstelle für Kindertagesstätten. Personal wurde reduziert, Vereine bekommen weniger Unterstützung. Das ist die Bilanz von SPD und Grünen. So kann Stadtentwicklung nicht gelingen. Wir halten es für unerlässlich, dass die Menschen in Rüsselsheim mehr Möglichkeiten bekommen, aktiv an der Entwicklung der Stadt mitzuwirken.

- Intensive öffentliche Diskussionen vor wichtigen Entscheidungen,
 - Stadtteilbeiräte für alle Stadt- und Ortsteile
 - und ein eigenes Antragsrecht aller Beiräte an die Stadtverordnetenversammlung
- sind für uns wichtige und richtige Schritte.

Alle bisherigen Privatisierungen, wie z.B. von Post und Bahn oder der Verkauf des Gewobau-Blocks Hasengrund 44, sind für die Menschen mit steigenden Kosten und Gebühren einerseits und schlechteren Leistungen andererseits verbunden. Wir sehen im öffentlichen Dienst die beste Form, Leistungen anzubieten, die im Interesse aller Menschen in der Stadt zu erbringen sind. Die Menschen bezahlen ihre Steuern dafür, dass Schwimmbäder, Schulen, Kindertagesstätten, Jugend- und Senioreneinrichtungen, Kultureinrichtungen und

ein kostengünstiger öffentlicher Personennahverkehr davon finanziert werden. Auch wenn in Rüsselsheim Privatisierungen weitgehend erfolgreich verhindert wurden, gilt es wachsam zu sein, um erneute Privatisierungsversuche bei Krankenhaus, Gewobau, Stadtwerken, Bildungs- und Kultureinrichtungen entgegenzutreten.

Soziale Stadt

In Rüsselsheim sind ca. 30% der Bevölkerung von Armut betroffen oder bedroht. Zu den Menschen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind, gehören auch diejenigen, die für ihre Arbeit nur Armutslöhne erhalten, Kinder und allein erziehende Frauen. Oft genug werden die betroffenen Menschen von der Politik und von den Medien als „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer“ beschimpft. Die Linke/Liste Solidarität wendet sich mit Nachdruck dagegen, dass Leidtragende zu Schuldigen gemacht werden. Die Stadt Rüsselsheim braucht eine soziale Infrastruktur, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Wir fordern daher mit Nachdruck Erhalt und Ausbau von:

- Kindertagesstätten, Betreuungsschulen, Jugendhäusern, Jugendpflege und Jugendbildungswerk
- Haus der Senioren, Sozialstation, Altenheim und Seniorentreffs
- Schwimmbäder und Sportstätten
- Sozialwohnungen

Für Menschen mit niedrigem Einkommen muss die Nutzung von ÖPNV, RMV und städtischen Einrichtungen ermäßigt oder kostenfrei sein. Die Linke/Liste Solidarität fordert deshalb seit Jahren in Einklang mit sozialen Verbänden und Initiativen die Einführung eines Sozialpasses für Rüsselsheim. SPD und Grüne zögern das Vorhaben hinaus, zuletzt mit der Begründung, dass erst das Ende der Krise abgewartet werden müsse. Das ist zynisch, denn gerade in Zeiten der Krise brauchen die Menschen soziale Unterstützung.

Bildung und Kultur

Bildung und die Teilnahme am kulturellen Leben sind Menschenrechte. Das bedeutet vor allem, dass in den Bildungseinrichtungen die Fähigkeit zur persönlichen Selbstverwirklichung und zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wachsen muss. Erst an zweiter Stelle steht die Vermittlung von Qualifikationen für den Arbeitsmarkt.

Gemäß der UN-Konvention sollte das Schulsystem in Richtung Inklusion statt 4-Gliedrigkeit entwickelt werden. Also längeres gemeinsames Lernen. Die Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten und verschiedenen Kulturen sollten alle eine Kindertagesstätte und möglichst lange gemeinsam eine integrierte/inklusive Schulform besuchen. Wir sagen: „Abitur ja – aber für alle!“ Deshalb muss auch Rüsselsheim mehr Geld in Bildung investieren.

- Bezahlung und Arbeitsbedingungen von Erzieher/innen müssen so verbessert werden, dass der Personalmangel schnell behoben werden kann.
- An den Schulen müssen Ganztagsangebote und Angebote der Schulsozialarbeit qualitativ verbessert und weiter ausgebaut werden.
- Allen im Bildungs- und Weiterbildungsbereich Tätigen muss Beschäftigung im Normalarbeitsverhältnis angeboten werden.
- Bildung muss ein öffentliches Gut bleiben. Der Besuch von Kindertagesstätten, Schulen und Volkshochschulen muss langfristig kostenfrei werden. Soweit in Rüsselsheimer Bildungseinrichtungen Gebühren erhoben werden, müssen diese bis zur vollständigen Abschaffung schrittweise gesenkt werden.

Freie Kulturinitiativen, die Volkshochschule, die Musikschule, Museum, Stadtbücherei und Opelvillen müssen Freiräume gestalten, damit alle Bürgerinnen und Bürger – und nicht nur bestimmte Schichten – ihre sozialen, kommunikativen und ästhetischen Vorstellungen entwickeln und verbreiten können. Um das vorhandene Angebot zu ergänzen, muss ein Jugendgästehaus geschaffen werden.

Leben in einer umweltfreundlichen Stadt

Die Linke / Liste Solidarität setzt sich für eine sozial-ökologische Stadtentwicklung ein. Ökologische Grenzen wirtschaftlichen Handelns sind vorab zu bedenken, statt Schäden nachträglich abzumildern oder zu beseitigen. Im Falle des Flughafenausbaus ist dies leider nicht gelungen. Mit annähernd 500.000 Flugbewegungen jährlich und 150 Flugbewegungen in der Nacht ist das erträgliche Maß der Belastung der Bevölkerung längst überschritten. Die Linke / Liste Solidarität arbeitet mit Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und anderen politischen Kräften weiter an der Durchsetzung einer alternativen Verkehrspolitik, die eine wesentliche Verkleinerung des Frankfurter Flughafens ermöglicht. Als Zwischenschritt muss das von der Landesregierung zugesagte Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr durchgesetzt werden.

Förderung der Lebensqualität für die Menschen in Rüsselsheim bedeutet für Die Linke/Liste Solidarität: eine lebenswerte Umgebung zu schaffen, einer Verödung der Innenstadt und der Vernachlässigung der Stadtteile entgegenzuwirken, wohnnahe Einkaufsmöglichkeiten zu fördern, Freizeitmöglichkeiten zu schaffen, die Pflege und Gestaltung von Grünflächen und Sportstätten.

Zur Lebensqualität gehört auch eine umweltfreundliche Stadtentwicklung

- Wir wenden uns gegen hemmungslosen Flächenverbrauch und treten für Entsiegelungsmaßnahmen und die Wiedernutzung von bereits bebauten, aber nicht mehr genutzten Flächen ein.
- Wir setzen uns für verkehrsberuhigende Maßnahmen in Wohngebieten ein, für bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr und den Ausbau des Radwegenetzes für Arbeit, Einkauf und Freizeit der Rüsselsheimer/innen.
- Wir sprechen uns gegen weitere Ausweisung von Gewerbegebieten für Großmärkte aus.

Wer soll das bezahlen?

Wie für die große Mehrheit der Städte, Gemeinden und Landkreise hat sich auch für Rüsselsheim die finanzielle Situation weiter zugespitzt. Rüsselsheim leidet vor allem unter einer Steuerpolitik, die es Unternehmen wie General Motors (Opel) gestattet, die Vorteile der kommunalen Infrastruktur zu nutzen, ohne einen angemessenen Beitrag zu ihrer Finanzierung zu leisten. Die Verarmung der Kommunen ist die Kehrseite der explosionsartigen Vermehrung des Reichtums von Wenigen. Die Linke/Liste Solidarität fordert daher eine Neuregelung der Kommunalfinanzierung und akzeptiert in keiner Weise die Sparvorgaben, die z. B. aus dem Regierungspräsidium kommen. Dies gilt auch für die sogenannte „Schuldenbremse“, durch die der Bund und das Land eine neue Offensive des Sozialabbaus und der Privatisierung erzwingen wollen. Es ist bezeichnend, dass sich auch SPD und Grüne vor den Karren dieser Politik spannen lassen. Die Linke/Liste Solidarität unterstützt die Kampagne von Gewerkschaften, Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit, kirchlichen Untergliederungen und anderen gegen die Schuldenbremse.

Unabhängig von der Situation auf der Einnahmenseite muss ein sparsamer Umgang mit Steuergeldern selbstverständlich sein. Auch in Rüsselsheim wird immer wieder Geld für fragwürdige Projekte, wie die Verwaltungsreform, sinnlose Gutachten oder die Luxussanierung von Rathausbüros ausgegeben. Diese Politik lehnen wir ab.

